

## Wirtschaftliche Konferenzen in Ungarn.

Reise des Kabinetts Koerber nach Budapest.

Aus Budapest wird uns telegraphiert:

Dem politischen Usus entsprechend werden die neuen Mitglieder des Kabinetts Koerber nach Budapest reisen, um hier mit ihren ungarischen Kollegen in persönliche Berührung zu treten. Diese übliche Antrittsvisite ist aber diesmal nicht bloß ein Akt der Courtoisie, sondern besitzt weit mehr als formale Bedeutung. Wie man in ungarischen politischen Kreisen annimmt, sollen schon bei diesem Anlaß alle aktuellen wirtschaftlichen Fragen, die beide Teile der Monarchie interessieren, aufgerollt werden, und man hofft sogar, daß in manchen Belangen diese Konferenzen bereits ein Ergebnis zeitigen werden.

Unter den zahlreichen Angelegenheiten wirtschaftlicher Natur, die schon zwischen den Ministerien Stürgkh und Tisza behandelt wurden und die nunmehr zwischen den Ministerien Koerber und Tisza zur Erörterung und eventuell zum Austrag gelangen sollen, stehen die neuen Kriegsanleihen an erster Stelle. Es wurde von einigen Zeitungen im vergangenen Monat berichtet, daß die Subskription auf die ungarische Kriegsanleihe noch im Oktober stattfinden soll. Diese Information war irrig. Weder die ungarische Regierung noch die ungarischen Großbanken hatten jemals diesen Termin in Kombination gezogen. Es wurde von allem Anfang an eine Kooperation mit der österreichischen Regierung und den österreichischen Großbanken gedacht und ein fester Termin für die öffentlichen Zeichnungen vorerst nicht bestimmt. Von den Konferenzen, die zwischen dem neuen österreichischen Finanzminister Marek und dem ungarischen Finanzminister Dr. Telesekly stattfinden werden, hängt die Festsetzung des Zeitpunktes ab, zu dem die Zeichnungen auf die neuen Kriegsanleihen stattzufinden haben. Da in dieser Angelegenheit keinerlei Differenzen zwischen der österreichischen und ungarischen Auffassung bestanden, die Vorarbeiten sogar bis in die Details abgeschlossen sind, kann man mit Sicherheit annehmen, daß die Kriegsanleihen in Oesterreich und Ungarn in der schon vereinbarten Form vom neuen österreichischen Finanzminister akzeptiert werden und in Kürze — vielleicht schon in der zweiten Hälfte des November — zur öffentlichen Subskription gelangen.

Weniger rasch dürfte sich ein restloses Einvernehmen in den Ausgleichsfragen erzielen lassen. Die hiesigen Blätter besprechen die angeblichen Differenzen in den Ausgleichsfragen mit einer in die Einzelheiten gehenden Offenheit, und man kann nur mit Anerkennung diese Tatsache verzeichnen, zumal sie beweist, daß die bisherige Taktik der Zensurbehörden, wenigstens auf diesem Gebiet, fallen gelassen wurde. Ob jedoch alle Nachrichten zutreffen, die über die bestehenden Differenzen in der hiesigen Presse verbreitet wurden, darf man füglich bezweifeln. Wenn behauptet wird, daß das Ministerium Koerber im Gegensatz zum Kabinett Stürgkh bloß einen vom österreichischen Parlament angenommenen Ausgleich als rechtskräftig betrachtet und diesbezüglich neue Verhandlungen notwendig wären, trifft dies gewiß nicht zu. Alle politischen und wirtschaftlichen Kreise Ungarns sehen sicherlich gern, wenn das österreichische Parlament funktioniert, haben aber nicht das Recht, von der österreichischen Regierung mehr zu verlangen als die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen. Das war in der Vergangenheit nicht anders und kann auch jetzt nicht anders werden. Wie die österreichische Regierung mit dem Parlament fertig wird, ist kein Problem, das ungarische Parteien oder Faktoren zu einer mehr als platonischen Stellungnahme veranlassen könnte.

Dagegen interessiert es alle Kreise im höchsten Maße, ob gewisse prinzipielle Vereinbarungen,

die in vielmonatigen Beratungen getroffen wurden, und sowohl die Quote, wie die Agrarzölle und Eisenbahntarife anlangen, vom Kabinett Koerber in der Tat beanstandet wurden, wie dies von einzelnen Organen der ungarischen Presse mitgeteilt wurde. Darüber wird hoffentlich nicht lange der Schleier des Zweifels gedreht bleiben, weil durch derartige journalistische Meldungen eine für erfolgreiche Konferenzen wenig günstige Stimmung geschaffen wird. Uebrigens planen die maßgebenden Vereinigungen der ungarischen Industrie und der ungarischen Landwirtschaft, in den nächsten Tagen zu den in den Zeitungen aufgerollten Ausgleichsfragen Stellung zu nehmen, und es würde der Sache zweifellos nur dienlich sein, wenn bis dahin wenigstens in großen Zügen bekannt werden könnte, inwieweit die in Umlauf gebrachten Gerüchte über Modifikationen, die das Ministerium Koerber an den bisherigen Vereinbarungen vornehmen will, den Tatsachen entsprechen.

Endlich dürften auch die Approvisionierungsfragen bei der Begegnung zwischen den österreichischen und den ungarischen Ministern zur Sprache kommen, und auch auf diesem Gebiet soll es, wie die hiesigen Blätter andeuten, wesentliche Meinungsverschiedenheiten geben. Wenn von einer Seite verbreitet wurde, daß das Ministerium Koerber ein gemeinsames Amt schaffen will, kann schon jetzt gesagt werden, daß ein solcher Vorschlag hier nicht durchdringen könnte. Wohl sind die Klagen über unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln ziemlich allgemein. Aber die Regierungskreise glauben nicht daran, daß eine Besserung der Verhältnisse durch eine zentralistische Organisation, die Oesterreich und Ungarn in einen Komplex zusammenfaßt, erzielt werden könnte, und überdies soll auch die Wirksamkeit des neuen ungarischen Lebensmittelrektors erprobt werden. Immerhin besteht kein Zweifel, daß von seiten Ungarns die Forderungen und Wünsche der neuen österreichischen Regierung, insofern dies möglich ist, respektiert werden dürften.